



Mit den Steuern richtig steuern

Die angekündigte Steuerreform ist fahrlässige Augenwischerei | von Manfred Nink

Die schwarz-gelbe Koalition hat eine Steuerreform beschlossen, die diesen Namen nicht verdient. Die Regierung beschenkt Besserverdiener und mindert den finanziellen Gestaltungsspielraum von Bund und Ländern.

CDU/CSU und FDP haben sich auf ein „Steuerreformchen“ geeinigt. Diese sieht vor, die Einkommenssteuer in zwei Schritten zu senken: zum 01.01.2013 um zwei Milliarden Euro und zum 01.01.2014 um weitere vier Milliarden Euro. Die Einkommensteuersenkungen sollen durch Anhebungen des Grundfreibetrags und Tarifverschiebungen, bei denen die bisherigen Steuersätze erst für ein höheres Einkommen gelten, erfolgen.

Die Koalition plane, mit der Einkommensteuersenkung inflationsbedingte Steuermehreinnahmen an die Bürgerinnen und Bürger zurück zu geben, heißt es von Seiten der Regierung. Aus meiner Perspektive müsste es also das Ziel sein, vor allem Geringverdiener zu entlasten, die von Kaufkraftverlusten besonders stark getroffen sind. Aber das tut die Regierung nicht – im Gegenteil. Es werden vor allem Bezieher hoher Einkommen profitieren.

Union und FDP wecken Erwartungen, die sie nicht im Ansatz befriedigen können. Bei den meisten Menschen wird nur wenig von den Entlastungen ankommen. Der Bund der Steuerzahler hat vorge-rechnet, dass ein Geringverdiener mit einem Einkommen von bis zu

dereinnahmen logischerweise die Neuverschuldung erhöhen. Was der Staatshaushalt braucht, sind mehr Einnahmen z. B. durch eine Vermögenssteuer und nicht weniger Einnahmen durch Steuersenkungen, die nicht gegenfinanziert sind.

Dies gilt umso mehr in der aktu-



Der Bundesfinanzminister belastet mit seinen Steuersenkungen heute schon die zukünftigen Haushalte.
Foto: BMF

9.000 Euro im Jahr etwa 1,41 Euro monatlich sparen wird. Nach der zweiten Stufe im Jahr 2014 spart ein Alleinstehender mit einem Jahreseinkommen von 15.000 Euro (Steuerklasse 1) circa 101 Euro. Derjenige mit 56.000 Jahreseinkommen (ebenfalls Steuerklasse 1) wird um mehr als das Dreifache entlastet, nämlich um 364 Euro. Das ist ungerecht.

Außerdem werden Steuermin-

ellen Situation, die uns heute schon wenig Spielraum im Bundeshaushalt lässt. Sollte sich die Wirtschaftsentwicklung abkühlen, ist zukünftig ohnehin mit geringeren Steuereinnahmen zu rechnen. Dann könnte die jetzt beschlossene Reform ein ernstes Problem für die finanziellen Möglichkeiten von Bund und Ländern werden. Investitionen in die Zukunft wie z.B. in Bildung und Infrastruktur werden ausbleiben.

2 | Die Bundespolitik

Finanzmärkte endlich regulieren

SPD-Fraktion fordert, G20-Absichtserklärungen in die Tat umzusetzen

Drei Jahre nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Bilanz der Finanzmarktregulierung mehr als ernüchternd. Die SPD hält einen neuen Anlauf zur Regulierung der Finanzmärkte deshalb für erforderlich.

Nach dem G20-Gipfel vom 15. November 2008 in Washington hieß es, kein Produkt, kein Akteur und kein Markt dürfe unreguliert

gehen ist nicht zu erkennen.

Beim G20-Gipfel Anfang November diesen Jahres wurde wieder kein Schritt nach vorne gewagt. Eine Absichtserklärung jagt die nächste. Die Regierungen der G20-Staaten gehen nicht entschlossen und geschlossen voran. So geht das seit nunmehr drei Jahren.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese unbefriedigende Situation

deln und kein Mensch mehr beteiligt ist,

- ein europaweites Verbot von ungedeckten Leerverkäufen und von spekulativen Kreditausfallversicherungen,
- ein Verbot für Spekulationen auf Rohstoffe und Nahrungsmittel,
- eine Orientierung der Manager-Bezahlung am langfristigen Unternehmenserfolg,
- eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von hohen und höchsten Managervergütungen.

Deutlich wird auch anhand dieses Forderungskatalogs, dass die Regulierung der Finanzmärkte erstens ein weites Feld ist und zweitens jeder Menge Sachverstand bedarf. Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion jetzt einen Arbeitskreis zum Thema Finanzmarktregulierung ins Leben gerufen. Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgruppen Finanzen, Haushalt, Europa und Wirtschaft beraten dort mit Unterstützung von Experten aus Wissenschaft und Praxis Möglichkeiten der Regulierung.

Als ein Vertreter der Arbeitsgruppe Wirtschaft nehme ich an diesen Treffen teil. In den vergangenen zwei Sitzungen haben wir unter anderem über die Finanztransaktionssteuer und die Regulierung von Derivaten beraten. In unserer nächsten Sitzung werden wir uns mit den Vor- und Nachteilen von Trennbanken und Universalbanken auseinandersetzen. Die bisherigen Anträge der SPD zur Finanzmarktregulierung sind im Internetangebot des Deutschen Bundestages abrufbar.

Manfred Nink



Occupy-Aktivisten demonstrierten am 15. Oktober 2011 vor dem Deutschen Bundestag. Die Bewegung richtet sich gegen die Macht der Banken und des Geldes sowie gegen eine zu wirtschaftsfreundliche Politik. Foto: (cc) cadillacdeville2000 | flickr.de

bleiben. Die Staaten und ihre Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollten nicht mehr für die Verfehlungen von Banken und Spekulanten in Haftung genommen werden.

Die Forderungen klingen gut, doch passiert ist wenig. In der Substanz wurde bislang nichts erreicht, um die Realwirtschaft zu stärken, die Spekulanten in die Schranken zu weisen und die Finanzmärkte einzudämmen. Ein gemeinsames globales – oder auch nur europäisches – Vor-

zum Anlass genommen, das Thema Finanzmarktregulierung erneut im Bundestag zu debattieren. Unsere Forderungen sind klar formuliert und umsetzbar. Wir fordern unter anderem:

- eine Finanztransaktionssteuer,
- die Trennung des hochriskanten Investmentbanking vom realwirtschaftlichen Kreditgeschäft,
- eine strengere Regulierung des Hochfrequenzhandels, bei dem nur noch Computer miteinander han-

Lernen wir (wieder) voneinander!

Ein Aufruf für eine stärkere Zusammenarbeit | von Daniel Erbes

Dank der Hospitationswoche des DGB bei der SPD-Bundestagsfraktion konnte ich Manfred Nink eine Woche im Bundestag begleiten. Sinn und Zweck dieser Hospitation war für mich das Kennenlernen der Arbeitsabläufe im Bundestag und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der IG Metall und der SPD.

Diesbezüglich nahm ich an sehr interessanten Gesprächsrunden zwischen Bundestagsabgeordneten und IG-Metall-Vertretern teil. Gelingt es uns als IG Metall unsere Positionen wieder in der SPD zu verankern? Wie gelingt es der SPD wieder eine breite Wählerschaft zu erreichen? Das waren beispielsweise Fragestellungen in dieser Woche.

Meiner Meinung nach benötigen wir in der jetzigen Zeit dringend eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen der IG Metall und der SPD. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland brauchen gerade bei wachsender Unsicherheit über den Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer möglichen Auswirkungen für Wohlstand und Arbeitsplätze starke Partner, die ihre Interessen gegenüber der Wirtschaft und in der Politik vertreten. Sie brauchen Partner, welche die in jüngster Zeit vielbesungenen Märkte in ihrem Sinne regulieren und gestalten.

Damit will ich vor allem meine Kolleginnen und Kollegen der IG Metall und der anderen DGB-Gewerkschaften ansprechen und sie auffordern, sich in die Politik aktiv einzumischen, um diese zu Gunsten der ArbeitnehmerInnen zu beeinflussen. Dabei kann dieses „Einmischen“ ganz unterschiedlich aussehen. Die poli-

tische Beteiligung vor Ort in einem SPD-Ortsverein oder bei einer Bürgerinitiative ist genauso wichtig wie ein Schreiben an die örtlichen Abgeordneten oder die Unterstützung einer gewerkschaftlichen Aktion.

Die IG Metall hat es seit geraumer Zeit endlich wieder geschafft, ihre Mitgliederzahlen zu erhöhen. Dies geschah jedoch nicht einfach so per Zufall. Ich bin mir sicher, dass beide Organisationen – die SPD und die Gewerkschaften – heute noch genauso wie früher viel voneinander lernen können und müssen.



Der 22-jährige Vorsitzende des Ortsjugendausschusses der IG Metall Neunkirchen und Manfred Nink vor dem SPD-Fraktionssaal.

Wir müssen die jungen Menschen dieser Gesellschaft durch greifbare Ziele und Forderungen für die Beteiligung motivieren. Wenn sie sich mit ihren konkreten Problemen und Interessen in der Politik vertreten sehen, so beeinflusst das sowohl die Mitgliederentwicklung als auch die Beteiligungsbereitschaft innerhalb politischer Organisationen.

Deshalb sollten die SPD und die Gewerkschaften ihre Zusammenarbeit verstärken und stets ein ausge-

prägtes Interesse an der jeweils anderen Organisation (nicht nur im Wahlkampf) zeigen. Beide müssen einander zuhören und versuchen, sich gegenseitig zu verstehen. Dazu gehört ein intensiver Austausch zu inhaltlichen Themen. Wir müssen uns anstrengen, allzu schnelle gegenseitige Beißreflexe bei Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und stattdessen lernen, uns vernünftig miteinander zu streiten, damit wir am Schluss zu gemeinsamen Positionen finden. Das macht meiner Ansicht nach verlässliche Partner aus. Bei einigen Themen wie zum Beispiel der „Fortschrittsklausel für ein soziales Europa“ kommen Gewerkschaften und SPD zu gemeinsamen Positionen.

Kooperationen und Diskussionsrunden dürfen jedoch nicht selten und schon gar keine Einzelfälle bleiben. Speziell auch Fragen der Sozialversicherungen, der betrieblichen Mitbestimmung, der Tarifpolitik und das immer wichtiger werdende Thema Europa müssen in einem ständigen Diskussionsprozess zwischen den beiden Organisationen auf allen Ebenen – vom Bund bis auf Gemeindeebene – debattiert werden, so dass Kooperationen nicht nur in der Zeitung nachzulesen, sondern auch bei den SPD-Mitgliedern in den Ortsvereinen und bei den Beschäftigten in den Betrieben zu spüren sind. Die Mitglieder beider Organisationen müssen aktiv am Diskussionsprozess beteiligt werden, damit sie ihre eigenen Meinungen, Erfahrungen und Positionen einbringen können.

Durch ein Mehr an spürbarer und für den Einzelnen erfahrbarer Zusammenarbeit können wir unsere Organisationen gegenseitig (wieder)beleben.

4 | Aus Partei und Fraktion

Besuch der WTD 41 in Trier



Der Trierer SPD-Abgeordnete Manfred Nink (links) und sein Kollege Fritz-Rudolf Körper (3. von rechts) haben am 21. November die Wehrtechnische Dienststelle 41 in Trier besucht. Fritz-Rudolf Körper ist Mitglied des Verteidigungsausschusses. Die Abgeordneten informierten sich über die Arbeit der Dienststelle und diskutierten über die anstehende Reform der Bundeswehr.

Trainee-Programm der SPD-Fraktion

Liebe Freundinnen und Freunde!

Ich möchte Euch an dieser Stelle auf eine Ausschreibung der SPD-Bundestagsfraktion hinweisen, die für junge Leute besonders interessant sein dürfte.

Die SPD-Bundestagsfraktion plant schon jetzt ihr Team für morgen und sucht deshalb Hochschulabsolventinnen und -absolventen für ihr Traineeprogramm.

Ausgeschrieben sind Stellen in unterschiedlichen Fachbereichen der Fraktion. Die Trainees durchlaufen eine Ausbildung im fachpolitischen Bereich und lernen die Funktionsweisen von Fraktion und Parlament kennen. Natürlich ist es von Vorteil, ein gewisses Grundlagenwissen über unser politisches System und die SPD mitzubringen.

Ansonsten werden für die verschiedenen Stellen unterschiedliche

Anforderungen – wie z.B. die bevorzugte Fachrichtung – an die Absolventinnen und Absolventen gestellt. Genaue Informationen dazu bietet die Homepage der Fraktion www.spdfraktion.de. Das Traineeprogramm wird selbstverständlich vergütet. Bewerbungsschluss ist der 27. November 2011.

Ich möchte Euch bitten, auch in Eurem Freundes- und Bekanntenkreis für das Programm zu werben. Möglicherweise kennt Ihr ja Studierende oder frischgebackene Absolventinnen und Absolventen, für die sich durch das Angebot der Fraktion eine berufliche Perspektive entwickeln könnte.

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

Oktober 2011

Theaterfest Trier, Gespräch mit Vertretern der Stadt Schweich, Sitzungswochen in Berlin, Wanderung der AG 60+ Trier Saarburg (Wiltigen), Vorstandssitzung der SPD Eifelkreis Bitburg

1. bis 6. November 2011

Jahresempfang der Kreishandwerker in Trier, Prüferführung der IHK Trier, SPD-Regionalverbandstag in Andernach, Podiumsdiskussion zum Mehrgenerationenhaus in Hermeskeil, Eröffnung der Diaspora-Aktion in Trier

7. bis 13. November 2011

Sitzungswoche des Bundestages in Berlin, Gespräch der rheinland-pfälzischen Landesgruppe mit der Landesvereinigung der Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, SPD-Gesprächskreis zur Finanzmarktregulierung, Teilnahme an der Gedenkfeier anlässlich des Volkstrauertages in Trier

14. bis 20. November 2011

Gespräch mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Trier, Vorlesetag an der Grundschule Kenn, Mitgliederversammlung der SPD AG in der VG Ruwer, Grußwort anlässlich der 80. Landestagung der Bayerischen Krippenfreunde in Klüsserath

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de